

«Menschliches Versagen» als Unglücksursache von Tschernobyl

Die Ursache für das Reaktorunglück in der Sowjetunion vor rund einem Monat war «menschliches Versagen». Der Reaktor soll nach der Eingabe falscher Steuerbefehle bei einer Versuchsreihe ausser Kontrolle geraten sein.

London. – Die britische Zeitung «Observer» berichtete unter Berufung auf sowjetische und westliche Experten, dass ein Bedienungsfehler in der Steuerung des Reaktors eine verhängnisvolle Kettenreaktion ausgelöst habe.

Ein Ingenieur am Bedienungspult habe Experten zufolge wahrscheinlich die Stäbe, welche die nukleare Reaktion steuern sollen, in eine falsche Position gebracht. In der Nacht zum 26. April um 1.23 Uhr sei der Reaktor plötzlich ohne Vorwarnung von einer Leistung von sieben Prozent auf rund die Hälfte seiner normalen Kapazität hochgefahren worden. Dies könne nur geschehen sein, weil der bedienende Ingenieur die Position der Kontrollstäbe verändert habe.

Als er festgestellt habe, dass dadurch das sorgsam abgestimmte Gleichgewicht der Reaktion gestört worden sei, habe er weitere Stäbe bewegt, fuhr das Blatt fort.

Daraufhin habe sich eine Sektion in der Nähe der Reaktorspitze rapide aufgeheizt, wodurch auch die Temperaturen der Brennelemente, bestehend aus Zirkoniumhülle und Uranbrennstoff, extrem gestiegen seien.

Aufgrund der Hitze hat nach den Vermutungen der Experten das Kühlwassersystem versagt. Wasserstoff sei freigesetzt worden und in die Halle über dem Reaktorkern eingedrungen, wo es zu einer heftigen Explosion gekommen sei.

Durch die Erschütterung sei ein 200 Tonnen schwerer Kran, mit dem dem Reaktor Brennstoff zugeführt wurde, auf den Reaktorkern gestürzt und habe riesige Schäden angerichtet. Ein zweiter Brand sei alsdann in den Graphitblöcken im Reaktorkern ausgebrochen. Der Feuerwehr sei es gelungen, den Brand in der Halle zu löschen, doch das Graphit habe tagelang gebrannt und radioaktive Substanzen in die Höhe geschleudert.

Nach Angaben der Londoner Zeitung äusserten Atomexperten die Vermutung, dass zum Zeitpunkt des Unglücks in der Anlage Experimente durchgeführt worden seien, um die Reaktionen des Reaktors zu testen. Es sei nicht bekannt, ob der Mann am Steuerpult aus eigenem Antrieb oder im Rahmen eines offiziell angeordneten Experiments gehandelt habe. Für die zweite Version spreche eine sowjetische Erklärung der vergangenen Woche, in der es geheissen habe, dass in Tschernobyl experimentelle Forschungsarbeiten stattgefunden hätten.

Unterdessen meldete die sowjetische Presse am Wochenende, dass das verstrahlte Gelände um den Reaktor von der Luft aus mit einer Kunststoffmasse versiegelt werde. Der gebohrte Reaktor werde von Soldaten in eine Betonhülle eingegossen. Die rund 92 000 aus dem Unglücksgebiet Evakuierten könnten in naher Zukunft nicht in ihre Häuser zurückkehren. (AP)

Anti-KKW-Demos im In- und Ausland

St. Gallen/Hamburg. – Die Schweiz soll aus der Kernenergie aussteigen und eng mit jenen Ländern zusammenarbeiten, die nach Tschernobyl ähnliche Ziele angekündigt haben. Dies forderte Nationalrat Franz Jaeger an einer Kundgebung in St. Gallen. An der Demonstration, zu der die SP, der Landesring der Unabhängigen, Umweltschutzorganisationen und KKW-Gegner aufgerufen hatten, nahmen nach Polizeiangaben zwischen 700 und 800 Personen teil. Sie verlief ohne Zwischenfälle.

Rund 400 Personen haben auf dem Gelände des geplanten Atomkraftwerkes Kaiseraugst aus Anlass des ersten schweizerischen «Stromtages» gegen die Politik der Elektrizitätswirtschaft demonstriert. In einer Resolution wurden der Verzicht auf das KKW Kaiseraugst und auf weitere KKW, der Ausstieg aus der Kernenergie sowie die Rücktritte der Bundesräte Leon Schlumpf und Alphons Egli gefordert. In der Munotstadt demonstrierten einige hundert Teilnehmer unter starkem Polizeiaufgebot für eine atomfreie Zukunft. Auch in Winterthur kam es zu einer Kundgebung.

In Paris demonstrierten am Samstag unter dem Motto «Nie wieder Tschernobyl» rund 5000 Personen gegen die Kernkraft. Mehr als 15 000 Atomkraftgegner haben im südfranzösischen Biblis die sofortige Stilllegung der beiden Blöcke des dortigen Kernkraftwerks verlangt. Auf dem Baugelände der Wiederaufarbeitungsanlage im oberpfälzischen Wackersdorf, wo ebenfalls mehrere tausend Menschen gegen Atomkraft protestierten, kam es am Sonntag zu Zwischenfällen. (AP/SDA/DPA)

Grüne Partei landesweit

Das Parteienspektrum enthält jetzt auch auf nationaler Ebene die Farbe Grün.

Genf. – Die Delegiertenversammlung der Föderation der Grünen Parteien der Schweiz hat am Wochenende in Genf beschlossen, die Föderation in Grüne Partei der Schweiz (GSP) umzubenennen. Die rund 50 Delegierten aus acht Kantonen traten in einer Resolution dafür ein, die Schweizer Kernkraftwerke seien so rasch als möglich stillzulegen. (AP)

Grüne im Grünen

Die Grünen der Schweiz bemühten sich am Wochenende in Genf, ihrem Namen alle Ehre zu machen: Als Versammlungsort wählten sie nicht irgendein graues Lokal in der Stadt, sondern sinnigerweise den grünen botanischen Garten am Stadtrand. Während draussen die Parkgäste an der Sonne zwischen Rhododendren, Palmen und Stiefmütterchen flanierten, redeten sich die Delegierten dann aber im schattigen und engen Versammlungslokal die Köpfe heiss. Es brauchte schliesslich schon die energische Intervention von Lukas Fierz von der Freien Liste Bern, ehe man auf die Idee kam, die stromfressenden Scheinwerfer des Fernsehens und die Lampen im Versammlungsraum zu löschen, die zugezogenen Vorhänge zu öffnen und das natürliche Sonnenlicht hereinzulassen, auf dass auch dieser «Tollgen» im sonst so muster-gültigen grünen Reinheitsausrüstet wurde. (mai.)

Interesse für Strom- Demos gegen die Kernkraft

(130)

Der «Stromtag 86» der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft vom Samstag ist nach Mitteilung des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE) ein grosser Erfolg gewesen. Weit über 100 000 Personen besuchten die 170 Anlagen, die von gut 120 Elektrizitätswerken in allen Regionen der Schweiz der Bevölkerung zur Besichtigung offenstanden. Der Stromtag rief aber auch die AKW-Gegner auf den Plan, unter anderem in Kaiseraugst, St. Gallen, Schaffhausen und Winterthur.

Zürich/Bern. – Das Ziel des Stromtages 86 ist nach Ansicht des VSE erreicht worden: nämlich mit einem bürgernahen Anlass das Verständnis in der Bevölkerung für die Schlüsselenergie Strom zu fördern und zu zeigen, was «hinter der Steckdose» geschieht. Allein im Kanton Zürich wurden über 6000 Besucher verzeichnet. Besondere Beachtung hätten die Beratungsdienste rund um das Thema Stromsparen gefunden. Angesichts der Tatsache, dass 28 Prozent des gesamten jährlichen Landesverbrauchs von über 41 Milliarden Kilowattstunden in die Haushalte fliessen, erstaunt dies laut VSE nicht.

Obwohl einige Gruppen von KKW-Gegnern zu dezentralen Kundgebungen aufgerufen hatten, konnten praktisch alle Anlagen ohne Störungen gezeigt werden, wie es in der VSE-Mitteilung heisst. Einzig das Kernkraftwerk Gösgen wurde sicherheitshalber nicht zur Besichtigung freigegeben, um Zwischenfälle von vornherein zu vermeiden, wie ein VSE-Sprecher sagte.

Der Stromtag rief aber auch die AKW-Gegner auf den Plan. In St. Gallen versammelten sich rund 1200 Menschen zu einer Kundgebung, an der eine Stilllegung der bestehenden AKWs sowie ein Verzicht auf Kaiseraugst gefordert wurde. Ähnlich lauteten die Forderungen von Hunderten von AKW-Gegnern an weiteren Kundgebungen in Schaffhausen, Winterthur und Kaiseraugst. Vor 600 bis 900 Demonstranten in Schaffhausen kritisierten Redner u. a. auch das «sagenhafte Durcheinander» betreffend Informationen und Empfehlungen.

Egli und Schlumpf zum Rücktritt aufgefordert

Je 400 Demonstranten versammelten sich in Winterthur und Kaiseraugst. In Kaiseraugst wurden diese Anliegen in einer Resolution festgelegt, in der ausserdem ein Rücktritt der Bundesräte Alphons Egli und Leon Schlumpf verlangt wird. Von den rund 2000 Besuchern der wegen Revisionsarbeiten teilweise geschlossenen AKW-Zentrale Mühleberg im Kanton Bern gaben sich nur gerade deren 40 als erklärte Gegner der Kernkraft zu erkennen. (SDA/AP)

Grüne Politik: Bilanz und Ausblick

Als sie im März 1983 in den Bonner Bundestag einzogen, die «Partei der Turnschuhgeneration», war ihnen die allgemeine Aufmerksamkeit gewiss: Die deutschen Grünen, getragen von ausserparlamentarischen Bewegungen, sorgten durch Formen und Inhalte ihrer Parlamentsauftritte für Aufsehen. Seither schien es – vielleicht mit Ausnahme der «Stars» Otto Schily und Joschka Fischer – um diese Grünen etwas stiller geworden zu sein.

Doch nun machen sie plötzlich wieder auf sich aufmerksam. Die Folgen der Atomkatastrophe von Tschernobyl haben die parteiinternen Beziehungen wie auch das Umfeld der Grünen in Bewegung gebracht. Die neuen Perspektiven, das neue Programm zum «Umbau der Industriegesellschaft», die Bilanz der Bonner Erfahrungen und die bevorstehenden Wahlen (Landtag Niedersachsen Mitte Juni 1986, Bundestag Ende Januar 1987) bildeten den Anlass für das auf dieser Seite abgedruckte Gespräch mit dem Grünen Norbert Kostede.

Kostede, 38jährig, wuchs in Dortmund als Sohn eines Gewerkschaftsfunktionärs auf. Er studierte Gesellschaftswissenschaften und Philosophie in Paris und Frankfurt. Der Soziologe lehrt heute als Privatdozent an der Universität Bielefeld. Im Vorstand der deutschen Grünen vertritt er die «Realos», also die Realpolitiker. (A. Gr.)

FDP denkt über Wackersdorf nach

Auch bei den bundesdeutschen Freien Demokraten hat ein neues Nachdenken über die Atomenergie eingesetzt. An einem Parteitag in Hannover beauftragten die Delegierten die Parteiführung, Sinn und Zweck der geplanten Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) im bayerischen Wackersdorf zu überprüfen. Um die WAA, die die Parteispitze unter Leitung von Wirtschaftsminister Martin Bangemann bisher befürwortete, war es an Pfingsten zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten gekommen.

■ VON THOMAS RÜST, BONN

Die FDP wollte in der niedersächsischen Hauptstadt Geschlossenheit demonstrieren. Die Führung hoffte, mit einem massierten Auftritt der Prominenten und einer einigen Partei zusätzliche Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren für die Landtagswahl am 15. Juni.

Doch im Verlauf der Beratungen wurde eine Kluft zwischen der Basis und Bangemann deutlich, der vor andertahlf Jahren als Nachfolger von Aussenminister Hans-Dietrich Genscher zum Parteivorsitzenden gewählt worden war. Gegen den Willen der Führung verlangte der Parteitag, dass das atomare Entsorgungskonzept der Bundesrepublik und damit die geplante Wiederaufarbeitungsanlage für abgebrannte Kernbrennstoffe in Wackersdorf neu überdacht werden.

Auch ein Baustopp in Wackersdorf und die Stilllegung des praktisch fertiggebauten Schnellen Brütters in Kalkar (Niederrhein) standen in Hannover bei den Liberalen zur Diskussion. Bei den entsprechenden Abstimmungen jedoch setzte sich schliesslich der Kurs der Führung durch.

Im Gegensatz zur Opposition von SPD und Grünen hat die FDP am Wochenende kein Ausstiegsszenario beschlossen, sondern befürwortet mit dem Bonner Koalitionspartner CDU/CSU weiterhin die industrielle Nutzung der Kernkraft. Der entsprechende Satz dazu lautete: «Die FDP hält an der friedlichen Nutzung der Kernenergie so lange fest, wie nicht durch andere umweltfreundliche Energiegewinnungsformen der Energiebedarf gedeckt werden kann.»

Polen: Ohne Strahlungsgefahr. Eine Sonderkommission der polnischen Regierung hob auf den 1. Juni die Rationierungsmassnahme auf, mit der Milchpulver für Kinder bis zu drei Jahren reserviert worden war. Die Reservierung für Kinder unter einem Jahr bleibt beibehalten. Es besteht keine Notwendigkeit mehr, den Konsum von Frischmilch Beschränkungen zu unterwerfen. (AP)

Tschernobyl hat grüne Strategien in Bewegung gebracht

Ein Gespräch mit Norbert Kostede, Soziologe und Vorstandsmitglied der bundesdeutschen Grünen

■ ANDREAS GROSS SPRACH MIT
NORBERT KOSTEDE

Institutionen prägen nicht nur Personen, sondern auch Parteien: Wie haben sich die Grünen seit März 1983 verändert, als sie als jüngste Partei in den Bundestag einziehen konnten?

Programmatisch hat sich innerhalb der Grünen die Sensibilität für konkrete Politik verändert. In der Programmdiskussion von 1983 schälte sich ein Selbstverständnis heraus, wonach wir grundsätzliche und fundamentale Fragen und Antworten diskutieren, jedoch weder die Kraft haben, noch es unserer Funktion entsprechen würde, auch Machbares vorzuweisen. Nach drei Jahren parlamentarischer Arbeit im Bundestag und durch die starke Verankerung auf Gemeindeebene haben wir doch ein etwas anderes Selbstverständnis gefunden: Wir schlagen eine konkrete Reformpolitik vor und vertreten gleichzeitig einen anderen Gesellschaftsentwurf. Beide Flügel der Grünen – die Fundamentalisten und die Realpolitiker – haben sich also programmatisch verändert und sind sich nähergekommen.

Bedeutet dies zugespitzt: Faktisch haben die alltäglichen Parlamentsarbeiten die Grünen integriert, und für den Sonntag spart man sich die Alternativentwürfe auf?

Nein. Die Grünen haben vielmehr Reformarbeit und Alternativentwürfe besser zusammengeführt. Könnte beispielsweise unser neues «Umbauprogramm» verwirklicht werden, so bedeutete dies wirklich die Revolutionierung der Bundesrepublik. Nur schon mit der Verwirklichung unserer Verkehrspolitik, mit der Hinwendung von der Auto- zur Eisenbahngesellschaft und zu den Fußgänger- und Fahrradstädten, wäre die Bundesrepublik nicht wiederzuerkennen.

War der Bundeskongress über Pfingsten in Hannover ein Signal dafür, dass die Grünen nach Tschernobyl radikaler geworden sind?

«Radikalisiert» wäre vereinfachend. Meiner Meinung nach muss man grundsätzlich erkennen, dass alle Strategien, die innerhalb der Grünen vereinigt sind, nach Tschernobyl überdacht werden müssen. Beispielsweise müssen sich die Realpolitiker sagen lassen, dass man auf eine Katastrophe wie diejenige von Tschernobyl nicht gradualistisch, in kleinen Schritten reagieren kann. Eine solche Bedrohung macht sehr schnelle und sehr grosse Schritte notwendig.

Andererseits ist Tschernobyl aber auch kein Signal zu dem, was Rudolf Bahro den «grünen Volksaufstand» genannt hat. Es ist zwar richtig, dass die Mehrheit der Bevölkerung jetzt den friedlichen Ausstieg aus der Atomwirtschaft will und dass der ausserparlamentarische Protest

– wie sich in Wackersdorf gezeigt hat – anschwillt und sich radikalisiert. Aber all dies hat nicht einmal als Perspektive so etwas, was man einen Volksaufstand nennen könnte. Es gilt vielmehr eine neue Form der Verbindung der parlamentarischen und der ausserparlamentarischen Aktion zu finden. Auch die dritte prominente Position innerhalb der Grünen, jene der Ökosozialisten, ist in Frage gestellt. Zusammengefasst ging diese bisher davon aus, dass sozialistische Verhältnisse erst etabliert sein müssten, bevor sich ein Ökokollaps verhindern lässt.

Wir müssen respektieren, dass auch bei uns Leute sich nicht nur als politische Menschen sehen

Dies ist nicht nur fragwürdig, sondern wird durch Tschernobyl auch insofern in Frage gestellt, als man mit einer solchen Katastrophe heute fertig werden muss: weit vor der Verwirklichung irgendwelcher sozialistischer Konzepte.

Diese drei Beispiele machen deutlich, dass die Strategiedebatte innerhalb der Grünen nach und nach durch Tschernobyl in eine rasante Bewegung geraten ist. Tschernobyl erweist sich als Beschleuniger und Aktualisierer dieser Annäherungsprozesse.

Inwiefern hat sich auch die Struktur der Grünen Partei selber in den vergangenen Jahren verändert?

Diesbezüglich stellte ich eine positive und eine negative Entwicklung fest. Negativ ist für mich, dass sich auch innerhalb der Grünen das traditionelle Verhaltensmuster einer etwa zu einem Viertel aktiven und zu drei Vierteln passiven Mitgliedschaft festgefahren hat. Auch die fallweise Mobilisierung der Mitgliedschaft hält sich in Grenzen. – Positiv ist die Stabilisierung des Parteiapparates, auch wenn sich dies jetzt furchtbar leninistisch anhört. Eine mehrheitlich passive Mitgliedschaft wäre aber ohne stabile Infrastruktur verheerend. Ich weiss selbstverständlich, dass die Herausbildung einer Funktionärschaft und eine passive Mitgliedschaft miteinander zusammenhängen und einander fördern. Doch wir haben auf die schwierige Frage noch keine Antwort gefunden: Wie verbreitet man den Anteil der aktiven Mitglieder, wie begrenzt man die Herausbildung der Funktionärschicht?

Wiederum etwas polemisch gefragt: Aus den Grünen ist also offenbar eine Partei wie eine andere geworden, vom Anspruch der «Anti-Partei-Partei» ist nicht mehr viel zu sehen?

Ich habe vom Konzept der «Anti-Partei-Partei» nie viel gehalten. Ich bin gegen eine Stilisierung der Grünen zu besseren,

neuen Menschen. Die grosse Frage und gleichzeitig die Kunst besteht darin, ob die verschiedenen Machtansprüche demokratisch ausgetragen werden können. Es ist mir verständlich, wenn auch grüne Parteimitglieder den Schwerpunkt ihres eigenen Lebens nicht in der Politik suchen. Ich glaube, wir müssen respektieren, dass auch bei uns Leute sich nicht nur als politische Menschen sehen. Gleichzeitig müssen wir aber verhindern, dass dies zur allgemeinen Entpolitisierung beiträgt. Wir müssen versuchen, zumindest fallweise die Politisierung von Inhalten möglich zu machen.

War dies angesichts von Tschernobyl der Fall?

Fest steht, dass sich in den Ortsgruppen der Grünen viel mehr Menschen zu artikulieren beginnen. In Bielefeld kamen beispielsweise nur schon an eine Informationsveranstaltung der Grünen über AKW 3000-4000 Menschen, vor allem jüngere. Über den Zustrom zu den Demonstrationen werden die nächsten Wochen Auskunft geben; die werden derzeit erst organisiert.

Hat sich - ausserhalb der Mitgliedschaft - in den vergangenen drei Jahren auch die Basis der Grünen verändert?

Die Landtags- und Kommunalwahlen von 1985 zeigten für die Grünen: Wir haben unter den Konservativen potentielle Grünwähler verloren; wir sind 1985 deutlicher als linksökologische Partei ins öffentliche Bewusstsein gerutscht. Für mich ist dies positiv. Die Grünen können nur in konservative Schichten eindringen, wenn diese sozialpolitisch offener werden. Nur mit der Ökologie allein sind die Grünen eben nicht zu definieren; die Sozial- und die Abrüstungspolitik gehören unbedingt dazu.

Das ist wohl auch der Boden, auf dem die Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten stattfindet?

Richtig. Die Grünen konkurrieren am härtesten mit den Sozialdemokraten. Ohne Angriff auf die Grünen kann die SPD in ihrer alten Gestalt nicht überleben. Ich sage nicht, dass die SPD an sich nicht überleben würde; doch es geht um ihre traditionelle Gestalt als Koalition von rechten und linken Sozialdemokraten.

Wenn die Grünen sich sozial und ökologisch profilieren, dann können sie der SPD ein Drittel von deren heutiger Wählerschaft abspenstig machen. Doch dies würde längerfristig zur Veränderung der SPD führen, sie verlöre ihre «hegemoniale» Kraft, und darum kämpfen SPD-Geschäftsführer Glotz und SPD-Kanzlerkandidat Rau auch so hart um den alten sozialdemokratischen Weg.

Doch die drei vergangenen Jahre haben deutlich gemacht, dass zwischen Grünen und SPD kein harmonisches Verhältnis möglich ist. Selbst wenn sich beide Parteien programmatisch annähern: Irgend-

wann stellt sich die Frage, ob die Grünen auf Kosten der SPD wachsen oder ob die SPD die Grünen wieder an den Rand zu drängen vermag. Die Stärke der Grünen hier in Bielefeld, wo wir von 14 Prozent der Wählerinnen und Wähler gewählt werden, weist darauf hin, dass wir landes- und bundesweit unseren heutigen Wähleranteil verdoppeln bis verdreifachen können.

Welche Bedeutung kommt in dieser Konkurrenz dem ersten grünen Minister, Joschka Fischer, in Hessens SPD-Regierung von Ministerpräsident Börner zu?

Wir leben nun einmal in einer Fernsehdemokratie, und da müssen die Grünen eben auch auf der Ebene der charismatischen Politik alle Chancen nutzen. Die Leute wollen nicht länger die alten, erstarrten Gesichter sehen. Wer diese Chance nicht nutzt, der ist ein Basisdemokrat der frühen bürgerlichen Gesellschaft des 19. Jahrhunderts. Wir dürfen der SPD keine einzige Fernsehminute schenken, sondern müssen auch das Fernsehen zur Umorientierung der Wählerschaft nutzen. Da haben die Sozialdemokraten eben auch Angst. Sie haben keine attraktiven Gesichter mehr. Sie wissen, dass sie in einem Duell zwischen Rau und Schily oder zwischen Fischer und Lafontaine, dem saarländischen Ministerpräsidenten, den kürzeren ziehen würden. So hat die SPD auch die Jugend verloren; in den Jusos sind nur noch Ausnahmegehaltnisse aktiv.

Geht es also bloss darum, einen grünen Minister vorweisen zu können?

Nein, dies ist nur die eine Seite. Nun zur anderen: Es gehörte bisher zum demagogischen Repertoire, gegen die Grünen zu sagen, sie seien nicht regierungsfähig, sie litten an einem Mangel an Verantwortung. Diese Vorwürfe sind über Nacht entwertet worden und aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden. Was in Hessen inhaltlich auch immer herauszuschauen wird, man wird erkennen müssen, dass die Grünen sich an der Macht beteiligen können.

Hat Tschernobyl die Spannungen zwischen Grünen und SPD in Hessen verschärft?

Nach Tschernobyl steht fest: Es gibt keine Koalition der Grünen mit der SPD ohne konkrete Umsetzung des Ausstiegs aus der Atomenergie, kurzfristig und in deutlichen Schritten. So ist auch in Hessen die Belastung der Koalition sehr gross geworden. Wir verlangen die ersten konkreten Schritte zum Ausstieg noch in diesem Jahr, während sich Ministerpräsident Börner vor kurzem bloss auf erste Schritte im Lauf der nächsten vier Jahre festlegen wollte. Dies wird schwierige Verhandlungen geben. Wie diese koalitionspolitisch zu werten sind, wird allerdings die Landesversammlung

der Grünen in Hessen zu beurteilen haben.

Gelten diese Schwierigkeiten auch für die Zeit nach dem möglichen Machtverlust der CDU bei den Landtagswahlen in zwei Wochen in Niedersachsen?

Der Machtverlust der CDU ist tatsächlich möglich. Grüne und SPD bringen es derzeit zusammen auf 53 Prozent bei Meinungsumfragen. Es wird dort allenfalls zu einer grünen Tolerierung der SPD-Regierung kommen, wobei auch hierfür eine Bedingung der Grünen wäre, nicht nur alte AKW abzustellen, sondern ebenso keine neuen in Betrieb zu setzen.

Was halten Sie von einer möglichen Koalition der Grünen mit der SPD auf Bundesebene?

Wenn eine Koalition mit der SPD, dann muss diese Koalition aber auch radikale Reformen ins Auge fassen. Es darf nicht nur um die Heraussetzung von Grenzwerten bei Immissionen gehen. Wenn das

Bei Grünen liegen Eigentore immer drin

Niveau der Reformen so tief ist wie heute, weil die Kräfteverhältnisse gegenwärtig so schlecht sind, dann können wir bundesweit das Beispiel Hessens nicht wiederholen. Denn eine Koalition Rot/Grün in Bonn macht nur dann einen Sinn, wenn selbst ihr späteres Scheitern Alternativen hat deutlich machen können.

Nochmals zur Vergangenheit. Haben die Grünen mit der Betonung abstrakter Fragen wie jener der Rotation unter den Parlamentariern ihre weniger politisierten Wähler allzu arg strapaziert?

Diese Diskussion hat uns schon etwas geschadet. Es ist eine Debatte innerhalb der grünen Elite, zwischen den Füchsen und Löwen sozusagen; jeder argumentiert so, wie es ihm gerade nützt.

Und wie sehen Sie die Chancen für den 25. Januar 1987?

Alles ist möglich. Viele mögen die Grünen nicht besonders, viele mögen sie aber auch im Bundestag nicht mehr missen. Bis Ende Jahr kann noch einiges passieren: Landtagswahlen finden statt; Rau muss sein Konzept finden; wir könnten auch noch Eigentore produzieren. Denn unsere Partei ist strukturell auf Eigentore angelegt; es fehlt die ausgeprägte Hierarchie mit ihren Verantwortlichen, die dies verhindern könnten. Die Darstellungswut der grünen Politiker ist nicht zu unterschätzen; die Konkurrenz ist gross ebenso der Druck, in der Öffentlichkeit auf sich aufmerksam zu machen, im Spiel zu bleiben. Da liegen Eigentore immer drin, gleichsam als Preis für unsere Vielfalt und unsere Regsamkeit.

Seit knapp vier Wochen beherrscht die Kernkraftwerkkatastrophe von Tschernobyl die europäischen Medien. Grundsätzliche Artikel zur Wirkung von Radioaktivität, Berichte über die Verstrahlung in den verschiedenen Ländern und uneinheitliche Grenzwerte, zum Teil angereichert mit Vorwürfen der Panikmache einerseits und der Verharmlosung andererseits, Verlautbarungen zur Energiepolitik, massive Vorwürfe an die Informationspolitik der Sowjetunion, Beteuerungen, dass solche Unfälle im Westen nicht zu erwarten seien – die Flut von Artikeln und Sendungen hat noch kaum nachgelassen. Wir scheinen bestens informiert – die Frage allerdings ist, ob wir aus all dem auch etwas lernen werden. Denn Tschernobyl könnte für uns in Westeuropa, die wir mit einem blauen Auge davongekommen sind, auch eine Chance sein. Eine Chance, wenn uns diese Tragödie, die eine der grössten bis heute durch zivile Technologie hervorgerufenen Katastrophen darstellt, nicht nur zu vorschnellen politischen Erklärungen, sondern vielmehr zu einem wirklichen Nachdenken motivieren könnte.

Das würde allerdings voraussetzen, dass man sich nicht einfach hinter Attacken gegen Sündenböcke verschanzt. Attacken zum Beispiel gegen die sowjetische Informationspolitik und die Sicherheitsphilosophie, gegen das sowjetische Regime im allgemeinen.

Damit soll nicht bestritten werden, dass bei den Sicherheitsvorkehrungen in Tschernobyl aus westlicher Sicht möglicherweise wirklich gravierende Mängel vorhanden waren und dass in den ersten Tagen nach dem Unfall konkrete Informationen aus der UdSSR in beunruhigendem Masse fehlten, ja dass wahrscheinlich die ganze Katastrophe überhaupt nur so rasch der Öffentlichkeit bekannt wurde, weil in Skandinavien erhöhte Radioaktivität registriert wurde und die Isotopenanalyse auf einen Kernkraftwerkunfall – im Gegensatz zu einem oberirdischen Kernwaffentest – hinwies. Dieses anfängliche Schweigen hat möglicherweise für viele Menschen in der Ukraine tragische Folgen. Wie viele Menschen in den Ostblockstaaten vor zusätzlichen Strahldosen hätten geschützt werden können, wenn schneller informiert worden wäre, kann bei uns allerdings zurzeit niemand sagen.

Mehr Information hätte bei uns nichts geändert

Doch manchen westlichen Kommentatoren scheint es nicht in erster Linie um diese Menschen zu gehen, sondern vielmehr um das System. Ob solche Attacken uns im Westen im Moment mehr bringen als die Verdrängung aufkeimender Unsicherheit durch die Überzeugung, an allem seien nur das sowjetische System und seine Informationspolitik schuld, fragt sich allerdings. Man muss sich nämlich auch mal überlegen: Was wäre für uns hier anders gewesen, wenn die Sowjetunion sofort über den Unfall informiert hätte?

Im günstigsten Fall hätten die verschiedenen Landesbehörden und Radioaktivitäts-Überwachungsgremien etwa zwei Tage mehr Zeit gehabt, um sich auf die Situation einzustellen; alles an-

dere hätte sich ziemlich sicher genauso abgespielt, wie es nun geschehen ist. Auch wenn man mehr über den Unfall gewusst hätte – die Fachleute hätten kaum genauere Voraussagen über die bei uns zu erwartenden Radioaktivitätsmengen machen können. Man hätte trotzdem erst die Verstrahlungslage in den einzelnen Regionen messen und dann über allfällige Massnahmen beraten müssen. Auch bei einer Vorwarnung hätten wir uns also nicht anders verhalten und besser schützen können.

In der Schweiz rechnete man mit einem tolerierbaren Belastungsspielraum von maximal einem halben Rem inkorporierter Strahlung als Folge des Tschernobylereignisses. Für die Eidgenössische Kommission für AC-Schutz (KAC) stellte sich daher die Frage, ob nach dem ersten Schub noch mehr Radioaktivität zu erwarten sei und dementsprechend der einmal anvisierte Spielraum zu Beginn des Ereignisses nur minimal ausgeschöpft werden dürfe. So hätte man noch Reserven für weitere Radioaktivitätsbelastungen besessen. Hier war man auf Mutmassungen angewiesen. Aber auch bei optimaler Informationslage hätte dieses Problem erst dann zuverlässig beurteilt werden können, als die Sowjets die Lage in ihrem Reaktor einigermaßen im Griff hatten und zumindest das Graphitfeuer gelöscht war. Das scheint jedoch erst am 10. Mai der Fall gewesen zu sein.

Die KAC hat sich bei ihren Dosisberechnungen auf den Standpunkt gestellt, dass mit keinem substantiellen Radioaktivitätsnachschieb zu rechnen sei, und fand es deshalb nicht nötig, Massnahmen statt der freiwilligen Empfehlungen zu erlassen. Das Kalkül erwies sich im nachhinein als richtig. Auch hier hätte sich in der Schweiz also nichts geändert, wenn mehr und schnellere Direktinformation vorhanden gewesen wäre.

Probleme auch im Westen

Und schliesslich sollte man bei aller berechtigten Kritik an den Sowjets nicht vergessen, dass auch im Westen die Informationslage bei grossen technischen Störfällen mit Auswirkungen auf die Umgebung – seien sie auch nur potentieller Natur – keineswegs immer so unproblematisch ist, wie dies nun den Anschein erwecken könnte.

Erinnert sei zum Beispiel an die Dioxin-Verseuchung im Juli 1976 in Seveso. Sie wurde durch eine Panne in einem Tochterbetrieb der Schweizer Firma Givaudan, die zum Hoffmann-La Roche-Konzern gehört, verursacht. Die Schweizer Firmen waren auch für die Sicherheitsvorkehrungen und die Informationspolitik verantwortlich. Die Öffentlichkeit erhielt erst Tage nach dem Unfall erste Informationen, und auch dann nur tröpfchenweise. Zwei Wochen nach dem Ausströmen des Gases wurden die ersten Evakuierungen angeordnet.

Erinnert sei auch an die Beinahe-Katastrophe 1979 im amerikanischen Kernkraftwerk Three Mile Island. Der ein halbes Jahr später erschienene Kemeny-Bericht stellte zwar fest, dass das Elektrizitätswerk nur am ersten Tag einen Versuch machte, die Bedeutung der Panne trotz klaren Indizien herunterzuspielen. Die Information gesamt sei jedoch sehr verwirrend gewesen, unter anderem wegen verschiede-

ner Mängel bei der Überwachungsbehörde, der Nuclear Regulatory Commission.

Erinnert sei auch an die Giftgaskatastrophe Ende 1984 im indischen Bhopal, bei der mehr als 2000 Menschen starben und möglicherweise Hunderttausende Gesundheitsschäden davontrugen. Auch hier scheint das Sicherheits- und Katastrophenverhalten des amerikanischen Chemiekonzerns Union Carbide, zu dem die Anlage gehörte, nicht über alle Zweifel erhaben gewesen zu sein.

Erinnert sei als letztes auch an unseren westlichen Nachbarn Frankreich, der in Sachen Kerntechnologie keineswegs eine offene Informationspolitik pflegt.

Druck der Interessen

Daneben gibt es aber auch viele andere, grössere und kleinere Umweltskandale in der westlichen Welt, die immer wieder Schlagzeilen machen. Und immer wieder hört man da, dass Informationen über Gesundheitsrisiken und mehr oder weniger bedrohliche Pannen zurückgehalten wurden, weil die Verantwortlichen um ihre eigenen Interessen fürchteten und daher nicht den Mut hatten, frühzeitig, vielleicht sogar vorsichtshalber die betroffene Bevölkerung und die Öffentlichkeit zu alarmieren. Auch fehlt es nicht an Berichten von Experten, die bereits vor dem Unfall gewarnt und auf Schwachstellen aufmerksam gemacht hatten, die aber ignoriert, zum Teil auch ausgeschaltet wurden, weil man am Fortgang eines Programmes – zum Beispiel Challenger – festhalten oder den Profit eines Unternehmens nicht gefährden wollte. Und schliesslich wird es auch in Zukunft – in Ost und West – immer wieder vorkommen, dass unter dem Druck der Eigeninteressen – sei es die Karriere, die Firma oder der Staat – wichtige, vielleicht lebenswichtige Informationen zu spät zu den zuständigen Stellen und an die Öffentlichkeit gelangen.

Je grösser das Risikopotential, je grösser der Wissensvorsprung der Experten vor den Laien, je grösser die Macht hinter diesen Betrieben, um so wahrscheinlicher, aber auch gefährlicher ist diese – leider menschliche – Reaktionsweise. Man ignoriert daher grundsätzliche Probleme unserer modernen technisierten Welt, wenn man sich im Fall Tschernobyl nur auf die Sowjetkritik fixiert. Eine freiheitliche Demokratie kann diese Gefahren durch frühzeitige Kritik etwas mildern, völlig zu beseitigen sind sie nicht.

Einseitig sind aber auch jene Kritiker, die sich die Informationspolitik der westlichen Regierungen und Fachstellen bei der Bewältigung des Tschernobyl-Fallouts zur Zielscheibe nehmen. Sicher, auch hier hätte dieses oder jenes besser ablaufen können. Ein einheitliches Vorgehen bei der Bewertung der Strahlenbelastung und den zu treffenden Vorkehrungen in ganz Europa hätte in der Zeit der grenzüberschreitenden Fernsehsendungen die Leute weniger beunruhigt.

Doch wer in einer zunehmend komplexer werdenden Welt mündig bleiben will, darf nicht einfach nach vereinfachter Information rufen. Er muss sich mit der Tatsache auseinandersetzen, dass eine international vernetzte Welt mit immer mehr materiellen Gütern,

hervorgebracht vielfach durch modernste Grosstechnologie, auch eine Welt bedeutet, in der einfache Schwarzweiss-Schemata nicht mehr greifen. So gibt es nach heutigem Wissensstand nun mal keine Grenzwerte für Strahlung, von denen man sagen kann, dass darunter die radioaktive Belastung wirklich keine Auswirkungen hat – auch wenn die Schäden von minimalen Dosen aus statistischen Gründen praktisch nicht nachzuweisen sind. Deshalb können verschiedene Länder auch, je nach Ermessen, verschiedene Strahlenbelastungen als noch zulässig erklären. In dieser Welt gibt es aber auch nur Wahrscheinlichkeitsrechnungen und keine Garantie, dass ähnlich verheerende – vielleicht gar noch schlimmere – Katastrophen wie in Tschernobyl nicht auch in der Schweiz oder ihren Nachbarländern geschehen könnten.

Und es gibt keine Möglichkeit, zu verhindern, dass sich auch Wissenschaftler einmal irren, selbst wenn sie noch so sorgfältig arbeiten. Schliesslich sind auch sie Menschen, die in einem von persönlich-emotionalen und gesellschaftlichen, von wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen geprägten Umfeld arbeiten und in einem bestimmten Zeitgeist aufgewachsen sind. Sie zu Autoritäten zu machen, die über alles letztgültige Antworten geben können müssen, heisst sie überfordern. Genau dies geschieht jedoch, wenn man sie zwingt, nicht nur über den Wissensstand in ihrem Gebiet zu informieren, sondern als Kronzeugen für oder gegen eine Entwicklung oder Technologie aufzutreten und eine schlüssige Bewertung vorzunehmen – gewissermassen stellvertretend für einen Entscheid und eine Wahl jedes einzelnen.

Weitsichtiger werden

Deshalb müssen wir – und hier könnte Tschernobyl eine Chance für uns sein – hellhöriger und weitsichtiger werden. Nicht Propaganda – für oder gegen Kernkraftwerke – ist gefragt, sondern Informationen, die die vielschichtigen Zusammenhänge aufzeigen. Nach Tschernobyl das sofortige Abschalten aller Kernkraftwerke zu fordern ist genauso unrealistisch und kontraproduktiv, wie das Argument erpresserisch ist, wer A sagt, müsse auch B sagen, beziehungsweise weil wir bereits Kernkraftwerke in Betrieb hätten, müsse man – falls man nicht alle gleich abschalte – auch den Weiterausbau akzeptieren. Die Alles-oder-nichts-Mentalität ist vielleicht publikumswirksam, markig und plakativ – sinnvoll ist sie im Moment sicherlich nicht. Wichtiger wäre vielmehr, dass sich möglichst viele denkende Menschen aus der Grabenkriegssituation, in der es nur Angriff (auf und von Andersdenkenden) und Verteidigung (der eigenen Position) gibt, herauswagen und ein Klima schaffen, in dem heikle und bedrohliche Fragen wieder freier diskutiert werden können. Ein Klima, in dem auch kreatives Nachdenken wieder möglich ist.

In einem solchen Klima müssten auch mögliche negative, ja verheerende Auswirkungen – selbst wenn sie für äusserst unwahrscheinlich gehalten werden – offen und im Detail diskutiert werden. Das gilt nicht nur für die Kernenergie – aber auch für sie. Dass detaillierte Diskussionen über die möglichen

Folgen eines wirklich schweren Kernkraftwerkstorfalles bis vor kurzem in den Medien selten zu finden waren, hat sicher auch, aber nicht nur mit unaufmerksamen Journalisten zu tun. Viel entscheidender dürfte die Angst der Kernenergiebefürworter gewesen sein, solche Szenarien könnten die Bevölkerung verunsichern. Auch die Idee von konkreten Katastrophenübungen scheint aus diesem Grund bei manchen Fachleuten auf wenig Gegenliebe gestossen zu sein.

Doch Kernkraftwerksicherheit und mögliche Auswirkungen eines Katastrophenfalles sind nur ein Punkt, den es zu betrachten gilt. Es gibt daneben eine Vielzahl von Variablen, die in kritischer Auseinandersetzung unvoreingenommen diskutiert werden müssen. Dazu gehören die Möglichkeiten und die Kosten von Alternativen – sei es durch Nutzung anderer Energiequellen oder durch sparsameren Energieeinsatz. Dazu gehören aber auch die kurz- und langfristigen Auswirkungen verschiedener energiepolitischer Entwicklungsvarianten auf die Umwelt, auf die Arbeitsplätze und die Güterproduktion in der Wirtschaft, auf die internationale Konkurrenzfähigkeit und auf die internationalen Handelsbeziehungen. Und schliesslich die kurz- und langfristigen Konsequenzen verschiedener Szenarien auf die persönliche Lebensqualität jedes einzelnen und auf die Politik. Experten können hier nur Zusammenhänge aufzeigen. Unverrückbare Sachzwänge gibt es in diesen Bereichen viel weniger, als gemeinhin angenommen wird. Die Frage ist immer, von welchen Randbedingungen man ausgeht. Die Wahl aber, wie zum Beispiel kurzfristige Arbeitsplatzsicherung aufgrund tiefer Energiepreise und Grosstechnologieexport in Drittweltländer, wie eine Beschneidung des Föderalismus und eventuell eine Verteuerung des Lebens zugunsten des Energiesparens, wie ein allfälliger Rückgang der internationalen Konkurrenzfähigkeit in gewissen Branchen oder eine Verlagerung zu anderen Technologien, wie Umweltbelastung und das Risiko von Grosskatastrophen etc. zu gewichten sind – das ist dann Sache der Politik und nicht der Experten.

Gefahr für das Gesellschaftssystem

Nur eine offene und ehrliche Information – im Gegensatz zur Propaganda – kann hier möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern überhaupt das nötige Wissen geben, um sich selber mit Verstand und Gefühl – weder die eine noch die andere Komponente genügt allein – eine eigene Meinung zu bilden. Die Aufgabe ist äusserst schwierig. Doch der Schock, den Tschernobyl vielerorts auslöste, zeigt, dass längst nicht alle – Laien, Meinungsträger und zum Teil auch Fachleute – zum Thema Kernenergie wirklich genügend informiert waren. Eine Politik, die von einem Grossteil der Bevölkerung auf die Dauer nicht wissentlich mitgetragen wird, stellt jedoch eine erhebliche Einschränkung der Demokratie und damit eine Gefahr für unser politisches und gesellschaftliches System dar. Hier könnte die Katastrophe von Tschernobyl – für die dortige Bevölkerung eine gigantische Tragödie – für uns eine Chance sein.

Tschernobyl und Heizöl

Die Fraktionen der eidgenössischen Räte bereiten Sommersession vor

Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl stand im Mittelpunkt der Sitzungen der Fraktionen der Bundesversammlung, die am Wochenende zur Vorbereitung der am 2. Juni beginnenden Sommersession zusammengetreten sind. Daneben wurde über die bundesrätliche Vorlage zur Erhöhung der Heizöl- und Gaszölle beraten. Während die Fraktionen der SP, CVP sowie LdU/EVP Eintreten beziehungsweise Zustimmung zu den Heizölzollerhöhungen beschlossen, votierten die Liberalen und die SVP für Nichteintreten, während sich die FDP bereits in der letzten Session für Ablehnung ausgesprochen hatte.

Bern. – Praktisch alle Fraktionen stellen auf dem einen oder anderen Weg die Forderung, Ursache und Auswirkungen des Kernkraftwerkunglücks von Tschernobyl ernsthaft zu prüfen und die entsprechenden Konsequenzen auf die Energienutzung zu ziehen. In Ermangelung ausreichender Alternativen könne die Schweiz aber heute noch nicht auf die Kernenergie verzichten, schreibt die FDP-Fraktion. Nach Auffassung der SP erfordert die Katastrophe ein klares Umdenken in der

Energiepolitik. Die LdU/EVP-Fraktion erwartet, dass der Bundesrat die Bewilligung des KKW Kaiseraugst widerruft und bis zum Jahr 2020 den totalen Ausstieg aus der Kerntechnologie anstrebt.

Weiteres zentrales Thema war die Vorlage des Bundesrates zur Erhöhung der Heizöl- und Gaszölle. Die CVP-Fraktion stimmte der Vorlage trotz Kritik am Verfahren der bundesrätlichen Einnahmenbeschaffung auf dem Verordnungsweg mit knapper Mehrheit zu. Ebenfalls für Eintreten stimmte die SP-Fraktion, wobei nur eine Gegenstimme resultierte. Ja sagte auch die LdU/EVP-Fraktion.

Nein sagten hingegen die Fraktionen der SVP und der Liberalen: Während die SVP auch die Rechtsgrundlagen des bun-

desrätlichen Vorgehens als ungenügend erachtet, meinten die Liberalen, diese Vorlage entspreche nicht dem erst vor kurzem sowohl vom Volk wie vom Parlament zur Energiebesteuerung geäusser-ten Willen. (SDA)

POCH verlangt •Sondersession

Olten. – Die eidgenössischen Räte sollen in einer Sondersession eine neue Energiepolitik erörtern, die einen Ausstieg aus der Kernenergie ermöglicht. Der Parteivorstand der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) hat die POCH-Nationalräte beauftragt, einen entsprechenden Antrag zu stellen, wie die Partei am Samstag in Olten mitteilte. Zur ausserordentlichen Session kann der Bundesrat die beiden Kammern einberufen; sie finden aber auch statt, wenn dies ein Viertel der Mitglieder des Nationalrates (also 50) oder fünf Kantone verlangen. (AP/TA)